



Siegfried Hermle | Harry Oelke (Hrsg.)

Kirchliche Zeitgeschichte_evangelisch

Band 4: Protestantismus
im Umbruch (1962–1992)



Christentum und Zeitgeschichte 10

Kirchliche Zeitgeschichte_evangelisch

Christentum und Zeitgeschichte (CuZ)

Band 10

Im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft
für Kirchliche Zeitgeschichte
herausgegeben von Siegfried Hermle und Harry Oelke

Siegfried Hermle | Harry Oelke (Hrsg.)

Kirchliche Zeitgeschichte_ evangelisch

Band 4: Protestantismus im Umbruch
(1962–1992)



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2023 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheber-
rechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und
strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Kai-Michael Gustmann, Leipzig
Coverbild: Evangelischer Kirchentag in Hamburg,
© ullstein bild – Wallocha
Satz: Steffi Glauche, Leipzig
Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-07177-7 // eISBN (PDF) 978-3-374-07178-4
www.eva-leipzig.de

Inhalt

Zur Einführung	7
I. Gesamtschau: Protestantismus im Umbruch (<i>Harry Oelke</i>).	11
II. Protestantismus und Politik (<i>Claudia Lepp</i>).	35
III. Gesellschaftliche Herausforderungen (<i>Klaus Fitschen</i>).	57
IV. Kirchliche Ordnung und Strukturen (<i>Karl-Heinz Fix</i>).	80
V. Protestantische Milieus und Gruppen (<i>Thomas Martin Schneider</i>).	103
VI. Theologische Signatur (<i>Reiner Anselm</i>)	126
VII. A. Bildung (<i>Antje Roggenkamp</i>).	148
B. Kultur (<i>Maïke Schult</i>)	160
VIII. Ökumene (<i>Andreas Müller</i>).	172
IX. Diakonie (<i>Norbert Friedrich</i>).	193
X. Christen und Juden (<i>Siegfried Hermle</i>).	213
Literaturverzeichnis	236
Personenregister	256
Detailliertes Gesamtinhaltsverzeichnis Bde. 1–4	263

Zur Einführung

Die Geschichte von Kirche und Christentum seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ist als Kirchliche Zeitgeschichte Bestandteil des akademischen und öffentlichen Geschichtsinteresses. Denn religionsbezogene, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen der Gegenwart haben vielfach kirchliche oder religiöse Wurzeln, die in ihrer Genese weit ins 20. Jahrhundert zurückreichen. Eine differenzierte Gegenwartsdeutung bedarf somit auch des Wissens um die vorausgehende kirchliche Zeitgeschichte. Die kirchen- und allgemeinhistorische Forschung ist seit geraumer Zeit erfreulich aktiv. Somit ist es nunmehr möglich, sich auf der Grundlage der Detailstudien und partieller kirchenhistorischer Überblicksdarstellungen an eine umfassende Darstellung zu wagen.

Der vierte und abschließende Band der Reihe *Kirchliche Zeitgeschichte_ evangelisch* wendet sich dem Zeitraum 1962 bis 1992 zu. Die Zeitspanne zwischen Mauerbau und Mauerfall, zwischen der Gründung eines Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1969 und dessen Wiedereingliederung in die EKD 1992 ist gekennzeichnet von einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der einen umfassenden Modernisierungsprozess einleitete und zu einschneidenden Umbrüchen führen konnte. Der vorliegende Band zeichnet die erheblichen Wirkungen nach, die davon auf den Protestantismus in West- und Ostdeutschland ausgingen. Gezeigt wird, wie protestantische Kirchen und Christeninnen und Christen herausgefordert durch eine gesellschaftliche Differenzierung und Säkularisie-

rung in einen pluriformen Prozess der Politisierung, Polarisierung und schließlich Pluralisierung eintraten, der das evangelische Christentum trotz abnehmender Mitgliederzahlen nachhaltig modernisierte und zu professionalisierten Strukturen in Kirche und Theologie führte. Die Einführung der Ordination von Frauen steht exemplarisch für diesen Wandel im Protestantismus dieser Zeitspanne.

Die Publikation ist Teil einer insgesamt vierbändigen handbuchartigen Gesamtdarstellung der Kirchlichen Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts aus evangelischer Perspektive: Erschienen sind bereits Protestantismus und Weimarer Republik (I), Protestantismus und Nationalsozialismus (II) und Protestantismus in der Nachkriegszeit (III).

Für die *Nutzung* ermöglichen die Bände verschiedene Möglichkeiten der Orientierung und eines interessen geleiteten Zugriffs. Alle Bände sind identisch gegliedert. Somit bietet jeder der vier Bände für sich genommen eine abgeschlossene Darstellung zu einer Teilepoche der Kirchlichen Zeitgeschichte. Zusammen offerieren sie einen systematischen Zugang zu einzelnen Themenfeldern im historischen Längsschnitt. Jedes Kapitel ist in etwa gleichgewichtig und hat einen annähernd gleichen Umfang.

Der vorliegende Abschlussband der Reihe Kirchliche Zeitgeschichte_ evangelisch enthält eine detaillierte Inhaltsübersicht aller vier Bände, durch die ein systematischer Zugriff auf die Gesamtheit der behandelten thematischen Aspekte ermöglicht wird.

Innerhalb der Einzelbeiträge erlauben Zwischenüberschriften eine schnelle Orientierung. Wichtige Institutionen werden bei der Erstnennung ausgeschrieben und sind, sofern sie im weiteren Verlauf abgekürzt genutzt werden, in entsprechender

Kurzform in Klammern ausgewiesen. Die Literaturangaben am Ende jedes Kapitels sind auf wenige grundlegende Hinweise beschränkt. Ein Gesamtliteraturverzeichnis am Ende des Bandes führt neben dieser Literatur auch noch andere themenspezifische Titel auf. Zitate lassen sich über die ausgewählten Literaturangaben am Ende der jeweiligen Kapitel oder, wenn dort Titel nicht aufgeführt werden, über das Gesamtliteraturverzeichnis verifizieren. Das anschließende Personenregister, das durch Lebensdaten ergänzt wird, ermöglicht einen personenbezogenen Zugang.

Für die einzelnen Kapitel zeichnet jeweils eine *Autorin* bzw. ein *Autor* verantwortlich, nur in Kapitel sieben waren zwei Autorinnen tätig, was dem komplexen Themenfeld geschuldet ist. Für die zehn Kapitel haben sich die namentlich ausgewiesenen Expertinnen und Experten aus der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchlichen Zeitgeschichte und darüber hinaus zur Mitarbeit gewinnen lassen. Sie haben sich die konzeptionellen Vorgaben des Bandes in professioneller Weise zu Eigen gemacht und auf die publizistischen Erfordernisse abgestimmte Beiträge beigesteuert. Dafür und für die angenehme Zusammenarbeit gilt ihnen ebenso der nachhaltige Dank der beiden Herausgeber, wie der Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kirchengeschichte II an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München Sanna Jokinen und der studentischen Hilfskraft am Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Universität zu Köln Johanna Herbst für die sorgsame Erarbeitung des Personenregisters und die Durchsicht der Manuskripte.

Siegfried Hermle
Köln/München im August 2022

Harry Oelke

I. Gesamtschau: Protestantismus im Umbruch

1. Säkularisierung und Differenzierung

Kirchen sowie Christinnen und Christen in Deutschland standen 1961 im Bann politischer Ereignisse: Die Trennung beider deutscher Teilstaaten durch die Errichtung der Berliner Mauer von Seiten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1961 markierte eine tiefgreifende innen- wie außenpolitische Zäsur. Das Ende der Nachkriegszeit war spätestens jetzt endgültig besiegelt. In der Bundesrepublik setzte schon bald eine Phase gesellschaftlicher Umbrüche ein, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg noch nicht gegeben hatte. Die freigesetzte Dynamik führte zu einem alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Modernisierungsprozess, der bald modifiziert ansatzweise auch in der DDR erkennbar war.

Diese Zeitspanne zwischen Mauerbau und Mauerfall war durch eine abnehmende Bindung an die beiden großen Kirchen gekennzeichnet. Das galt für beide deutschen Teilstaaten, wenngleich der Mitgliederschwund in West- und Ostdeutschland jeweils eigenen äußeren Rahmenbedingungen folgte. Diese Entwicklung hatte sich schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert abgezeichnet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war mit Blick auf die zwölf Jahre nationalsozialistische (NS) Herrschaft insbesondere die Säkularisierung als eine vermeintlich wichtige Ursache des Nationalsozialismus gebrandmarkt worden. Durch die angestrebte, aber mittel- und langfristig nicht annähernd erreichte restaurative »Rechris-

tianisierung« kämpfte man gegen die Säkularisierung letztlich erfolglos an.

Allerdings bedeutete der Mitgliederschwund der Kirchen nicht in gleichem Ausmaß eine Abnahme der gesellschaftlichen Relevanz des Christentums. Kircheninstitutionell gebundenes protestantisches Christentum verlagerte sich in der Bundesrepublik zumindest tendenziell in gesellschaftliche Handlungsfelder. Das korrespondierte mit einer funktionalen Differenzierung des gesellschaftlichen Lebens. Im Zuge des Modernisierungsschubs der 1960er und 70er Jahre gewann das alltägliche Leben an Komplexität und die gesellschaftlichen Subsysteme bildeten sich immer feiner aus. Der Kirche in ihren Kernbereichen gelang es dabei immer weniger, die Zentrifugalkräfte der Moderne im Rahmen einer konsistenten Gesamtdeutung plausibel zu interpretieren. Immerhin blieb sie in den von der gesellschaftlichen Dynamik freigesetzten sozialen Bewegungen und Milieus durch kirchlich sozialisierte Kräfte präsent. Individuelle Repräsentantinnen und Repräsentanten des Protestantismus bestimmten zudem die ethischen und politischen Debatten der Bundesrepublik weiter mit. Insgesamt ist mit Blick auf den Zeitraum zwischen 1962 und 1989 eine Veränderung des Verhältnisses der drei Erscheinungsformen des Protestantismus – der kirchlichen, der individuumsbezogenen und der gesellschaftspolitischen – zu Ungunsten des kirchlichen Protestantismus zu verzeichnen. Ob und in welchem Umfang der gesellschaftliche Einfluss des Protestantismus zukünftig insgesamt an Bedeutung verliert oder sich in einer komplexen Gesellschaft in differenzierter Weise neue Handlungsfelder erschließen kann, wird die weitere Forschung zeigen.

In der DDR setzte der Staat mit der führenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von Anfang an auf

eine Säkularisierung, indem das Christentum in der sich sozialistisch entfaltenden Gesellschaft zunehmend marginalisiert werden sollte. Der von den westlichen Industriegesellschaften ausgehende Modernisierungsdruck erreichte auch die DDR und hatte neben der sukzessiven »Entbürgerlichung« auch die »Entkirchlichung« als dauerhaften innenpolitischen Faktor zur Folge. Die ostdeutschen Kirchen waren innerhalb dieser mehr oder weniger restriktiven innenpolitischen Verhältnisse darauf bedacht, auf gesellschaftliche Differenzierungen adäquat zu reagieren, was eine »Gratwanderung zwischen Anpassung und Verweigerung« (Albrecht Schönherr) bedeutete. Eine Verlagerung christlichen Engagements in gesellschaftliche Bereiche wie in der Bundesrepublik, ohne den Schutz der Kirche zu nutzen, lief im sozialistisch geführten deutschen Staat darauf hinaus, von politischen Kräften absorbiert zu werden, und entfiel daher als Option.

2. Kirchenchristentum im Umbruch

Der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel in der Bundesrepublik zeigte erhebliche Wirkungen auf den Protestantismus. Insbesondere für die Zeit zwischen 1961 bis zum Anfang der 1980er Jahre lässt sich ein Transformationsprozess feststellen, der das protestantische Christentum nachhaltig veränderte.

Während dieser Zeitspanne kam es in der Bundesrepublik zu einer stärkeren Politisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie von Bereichen, die bis dahin bestenfalls als vorpolitisch galten. Zugleich wuchs die Kritik an den überkommenen institutionellen und sozialen Ordnungen der Bundesrepublik und der westlichen Gesellschaft. Mit der Politisierung vollzog

sich auch eine Veränderung der politischen Moral: Die Bereitschaft, bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung Verantwortung zu übernehmen, nahm zu. Politisch-moralische Einstellungen wie Humanität und Solidarität waren auf dem Vormarsch, ein »Bürgersinn mit Weltgefühl« [Knoch] entwickelte sich und bot den Christinnen und Christen Möglichkeiten, sich in den ethischen Diskurs einzubringen.

Die allenthalben erkennbare Politisierung des Protestantismus blieb nicht ohne Widerspruch und die politischen Neigungen polarisierten das protestantische Feld. Das traditionelle, kirchlich organisierte Christentum hatte sich dem Problem zu stellen, dass sich einerseits die gesellschaftlichen Kulturmuster und andererseits die individuellen Religionsstile von der Institution Kirche zu lösen begannen. Im Gegenüber zu den gesellschaftlichen und vor allem innerkirchlichen politisch-liberalen Ausdrucksformen und Inhalten organisierten sich konservativ-protestantische Gruppierungen, allen voran die Bekenntnisbewegung »Kein anderes Evangelium«. Seit 1966 ging man hier vehement gegen die Bibelexegese Rudolf Bultmanns vor und entfaltete sukzessive ein Programm eines dezidiert konservativen evangelischen Christentums. Bei der diskursfreudigen evangelischen Kirche kennzeichneten Polarisierungen zwischen unterschiedlichen Positionen, die sich bald zu Lagern verfestigen konnten, über Jahre den Kommunikationsraum. Ein möglicher Bruch wurde durch den Aufbau von Parallelstrukturen vermieden. Auf diese Weise entwickelte sich mittelfristig ein zunehmend pluriformes Erscheinungsbild des Protestantismus, wie es beispielsweise auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag seit 1975 in der multiplen Präsentationsform »Markt der Möglichkeiten« seinen sinnfälligen Ausdruck fand.

Die politischen Vorzeichen in Ostdeutschland im Zeitraum zwischen Mauerbau und der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) 1969 ließen den Christenmenschen und ihren Kirchen in der DDR keinen Spielraum zu einer raumgreifenden Entfaltung – im Gegenteil: Die mehr oder weniger offen umgesetzte SED-Maxime der Verdrängung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben bestimmte die Existenz der Kirchen. Das manifestierte sich in einer penetranten Benachteiligung im Ausbildungsgang und im Berufsleben von Christinnen und Christen. Exemplarisch war die Einführung der Wehrpflicht 1962, die das kirchliche Interesse an der Option für eine Wehrdienstverweigerung durch die Ermöglichung des Statuts eines Bausoldaten konterkarierte.

Der Modernisierungsdruck der 1960er Jahre erreichte auch die DDR und die ostdeutschen Kirchen. Reformversuche in den Gemeinden stießen jedoch immer wieder an Grenzen. Die aufgenommenen Impulse zu neuen Seelsorge- und Gottesdienstformen (u.a. »Gottesdienst einmal anders« oder »Offene Arbeit«) fanden nicht bei allen traditionsbewussten Gemeindegliedern Zustimmung. Nach der »Bundesgründung« und dem Aufstieg von Erich Honecker zum Staatsratsvorsitzenden 1976 bewahrten sich die Kirchen ihre kritische Selbstständigkeit im sozialistischen Staat und seiner Gesellschaft, der man sich wegen des – unterschiedlich interpretierten – gemeinsamen Schnittfeldes zwischen Christentum und Sozialismus auch annähern konnte. Die sich um die Mitte der 1970er Jahre im Kontext der europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) andeutende Entspannung wurde von der Kirche begrüßt, ohne indes ihr kritisches Potential gegenüber dem SED-Staat aufzugeben. Durch die Partnergemeinden in der Bundesrepublik oder auch die grenzüber-

greifende Kirchentagsbewegung hielten die ostdeutschen Kirchen das Konstrukt einer deutschen Gesellschaftsformation jenseits des DDR-Sozialismus am Leben. Das Eintreten für Religionsfreiheit und demokratische Arbeitsformen in der kirchlichen Gremienarbeit von den Kirchenvorständen bis zu den Synoden kultivierte demokratische Teilbereiche inmitten der sozialistischen Politkultur, die anderen Maximen folgte.

Das Jahr 1979 markierte in weltpolitischer Hinsicht durch den Nato-Doppelbeschluss und die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan eine neue Eskalationsstufe des Kalten Krieges. An der sich als Reaktion darauf formierenden, breit gefächerten Friedensbewegung schlossen sich auch zahlreiche evangelische Gruppen an. Das Thema Frieden und Umwelt trieb auch Teile der Gemeinden in der DDR um. Im Medium der Friedens- und Umweltthemen rückte der Ost- und Westprotestantismus zumindest thematisch wieder stärker zusammen.

3. Herausforderungen: Wirtschaft und Gesellschaft

Die fundamental unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen in West und Ost markierten ein starkes Differenzkriterium, dem sich auch die Kirchen in beiden deutschen Teilstaaten zu stellen hatten. Der Eigentumsbegriff und eine damit korrespondierende Verteilungsgerechtigkeit spielten in den sozialpolitischen Diskussionen des Protestantismus zu Beginn der 1960er Jahre in der Bundesrepublik eine prominente Rolle. Der Schlüsselsatz in der ersten Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) »Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung« (1962) lautete bezeichnenderweise: »Der Mensch soll *mein* sagen können, um frei zu sein.« (I, 4.) Auf dem Ermögli-

chungsgrund des hier stark gemachten privaten Eigentums, zu dessen Aneignung jetzt im Rahmen einer breiteren Eigentumsstreuung verstärkt die Arbeitnehmerschaft befähigt werden sollte, konnte sich in den folgenden Jahren eine Konsumgesellschaft entfalten. Die Schwelle zur »Massenkonsumgesellschaft« war mit Beginn der 1960er Jahre überschritten.

Als Folge des Wirtschaftswachstums stellten sich mit Beginn der 1960er Jahre explosionsartig gesteigerte Kirchensteuereinnahmen ein, die der evangelischen Kirche in ungewohntem Umfang finanzielle Mittel bereitstellten und neue Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten boten. Die »dago-bertinische Phase« [Hauschild, 64] der EKD nahm ihren Lauf. Dieser materielle Zugewinn ermöglichte der evangelischen Kirche die Partizipation an der gesellschaftlichen Modernisierung.

Die konsumtive Lebensform förderte eine Individualisierung und vergrößerte den Freizeitbereich. Gewerkschaftlich durchgesetzte Arbeitszeitverkürzungen und ein Trend zum »langen Wochenende« führten zu einer Veränderung des Sonntags, für dessen Gestaltung sich traditionell die Kirchen verantwortlich wussten. Die Kirchen verloren an Einfluss und der Rückgang der Gottesdienstbesucherinnen und -besucher in den 1960er und 70er Jahren war dramatisch. Die evangelische Pfarrerschaft, insbesondere die älteren Jahrgänge (bis 1918), zeigte kein großes Problembewusstsein. Das jüngere Pfarrpersonal der Jahrgänge seit 1945 erwiesen sich im Umgang mit dieser Entwicklung als aufgeschlossener und auch das sich verändernde pastorale Rolleninventar wurde hier eher wahrgenommen als von der Generation der vormaligen »Kirchenkämpfer« der NS-Zeit. Der amtskirchliche Umgang mit den neuen Entwicklungen der EKD spiegelte indes das latente

kirchliche Unvermögen wider, den Herausforderungen durch die zunehmende Freizeit diagnostisch oder konzeptionell adäquat zu begegnen.

In der DDR wurde aufgrund der sozialistischen Ausrichtung des SED-Staats schon bald nach dessen Gründung der rechtliche Weg des »Volkseigentums« beschritten (»Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums« 1952). Anders als in der Bundesrepublik galt in der DDR das Volkseigentum als besonders profilierte Form von Staatseigentum. In den 1980er-Jahren war nahezu das gesamten Produktivvermögen der DDR »volkseigen« (98%). Der Prozess der Verstaatlichung und Enteignung hatte den Kirchen ihre Vielzahl von Kirchengebäuden und Kapellen gelassen, deren Bestandssicherung ein stetig wachsendes Problem darstellte. In Bezug auf die Kirchensteuer hatte der SED-Staat bereits 1956 den Kirchen die Möglichkeit genommen, diese gerichtlich durchzusetzen. Sie wurden zu freiwilligen Zahlungen herabgestuft, was für die Kirchenfinanzen einen tiefgreifenden Einbruch bedeutete. Da auch die Staatsleistungen schon früh radikal zusammengestrichen worden waren und erst später im Sinne einer kulturpolitischen Stimulanz allmählich wieder erhöht wurden, waren die Kirchengemeinden in der Regel finanziell unterversorgt. Unterstützungen westlicher Partnergemeinden halfen nicht selten bei der Kirchenrenovierung oder gar bei der Anschaffung eines »Pastoren-Trabbis«.

Die aus der Studentenbewegung herauswachsenden sozialen Bewegungen des Westens wurden im ostdeutschen Protestantismus nur distanziert zur Kenntnis genommen. Dies resultierte vornehmlich aus der besonderen »Marxismusrezeption der westlichen Bewegungen« [Ohse, 136], in denen der realsozialistische Alltag weitgehend ausgeblendet blieb. Mit dem

Reformsozialismus des »Prager Frühlings« 1968 verbanden sich für Christenmenschen in der DDR kurzzeitig Aussichten auf mehr Freiräume. Die frühe und entschiedene Absage der DDR-Regierung an den Prager Reformprozess, der in Ost-Berlin weitgehend als Bedrohung wahrgenommen wurde, und der Gegenschlag durch die Warschauer-Pakt-Armeen am 21. August, löste in kirchlichen Kreisen eine große Ernüchterung aus: Die Hoffnung auf einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« erstarb. Die kirchenleitenden Reaktionen waren geprägt von Verzagtheit und differierenden Einschätzungen im eigenen Lager.

Gleichwohl stellten die Kirchengemeinden im Einzelfall vergleichsweise abgeschirmte Räumlichkeiten für »Basisinitiativen und Widerstandsräume« [Albrecht-Birkner, 162-164], die ein Engagement für die gesellschaftspolitischen Probleme der DDR ermöglichten. War es in den 1960er Jahren die »missionarische Gemeinde«, die sich auch weltlichen Problemen zuwandte, so gingen trotz des niedergeschlagenen Prager Frühlings seit den 1970er Jahren in kirchlichen Räumlichkeiten von systemkritischen Jugendkulturen, meist ohne christliche Prägung, sowie von kirchlichen Basisinitiativen Impulse zur Arbeit an gesellschaftspolitischen Problemen aus. Trotz teilweise repressiver Bespitzlung durch die Staatssicherheit (Stasi) avancierten beispielsweise die Umweltbibliothek der Ost-Berliner Zionsgemeinde oder die Treffen der Friedensbewegung in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg zu wichtigen jugendoppositionellen Treffpunkten, denen weit über die lokale Kirchengemeinde eine wichtige Multiplikatorenrolle auf dem Weg zur Entstehung einer systemkritischen Bürgerrechtsbewegung zufiel.

4. Reflexionen und Reaktionen: Theologie und Kultur

Auch die Entwicklung der akademischen Theologie zeigte sich von der Säkularisierung und der daraus folgenden gesellschaftlichen Differenzierung sowie den Pluralisierungsphänomenen beeinflusst. Seit den 1970er Jahren gaben die theologischen Disziplinen durch die sich verändernden kirchlichen Strukturen eine weitgehende Neuorientierung zu erkennen. Infolge der Politisierung und der gesellschaftlichen Dynamik vollzog sich in der wissenschaftlichen Theologie ein Perspektivwechsel. Nicht länger waren die dogmatischen Orientierungen theologischer Schulbildungen leitend, sondern im Vordergrund der theologischen Diskurse stand eine verantwortungsvoll zu gestaltende christliche Lebensführung. Die Zielprojektionen verlagerten sich dabei von der dogmatisch bedingten vertikalen Ausrichtung in die gesellschaftsbezogene Horizontale. Hier wurden – beeinflusst durch das dynamische Gegenwärtsgeschehen – ethische und lebensweltliche Probleme als Forschungsfelder entdeckt. Mitausgelöst durch den aufrüttelnden Appell der vom Club of Rome 1972 präsentierten Studie »Die Grenzen des Wachstums« in den 1970er und 1980er Jahren profilierte sich die Ethik als eigenständige theologische Disziplin. Sozialethische Themen wie Humanität, Solidarität und Gerechtigkeit gewannen auch im akademischen Protestantismus an Bedeutung. Eng damit verknüpft erwies sich aus einer neu gewonnenen ökologischen Sensibilität ein revidiertes Verständnis der Natur, die jetzt mit einem differenzierten Problembewusstsein als Mitgeschöpf wahrgenommen werden konnte.

Neben der Ethik differenzierten sich auch andere theologische Disziplinen weiter aus. Die binnenprotestantischen theologischen Diskurse wurden nicht länger prioritär im Zeichen

konfessioneller Konkurrenz geführt. In der Kirchengeschichte wird spätestens in den 1970er Jahren eine entsprechende Neuausrichtung erkennbar. Der zeitgleiche Paradigmenwechsel innerhalb der Geschichtswissenschaft mit seiner Hinwendung zu empirischen Analysen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen galt in der Kirchengeschichte nicht als anstößig. Es kam im Laufe der Zeit zu handfesten Kooperationsformen zwischen Allgemein- und Kirchengeschichte. Insgesamt ergab sich eine neue Qualität von theologischer Wissenschaftlichkeit inklusive der Bildung neuer Kombinationen mit Fächern außerhalb der Theologie.

Analog vollzog sich in der Praktischen Theologie in inhaltlicher Hinsicht eine Orientierung an der Lebenswelt. Das Einrücken des in der 1968er-Bewegung sozialisierten pastoralen Personals führte zur Adaption demokratischer Strukturen in der Kirche, wodurch sich der Forschungskanon des Faches inhaltlich veränderte. Der Strukturwandel in der evangelischen Kirchlichkeit und die Aufnahme sozialwissenschaftlicher Theoriebildung rückte auf die Agenda der Praktischen Theologie.

Der kirchenkritische Kurs der DDR-Regierung legte auch im sozialistischen Staat eine theologische Reaktion auf die Säkularisierung nahe. Der Spielraum in der DDR, sich den gesellschaftspolitischen Kräften in Richtung einer horizontalen Ausrichtung der Theologie zu nähern, war insgesamt deutlich eingeschränkter. Dietrich Bonhoeffers Ansatz einer weltlichen Interpretation religiöser Begriffe bot einige Möglichkeiten. Die Formel von der »Kirche im Sozialismus« erlaubte ebenfalls zumindest ansatzweise die Profilierung einer situationsbezogenen theologischen Programmatik. Dabei war Behutsamkeit geboten, um das christliche Proprium nicht aus den Augen zu verlieren.

In der Bundesrepublik entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich – in Abkehr vom totalitären Kulturverständnis des Nationalsozialismus – ein tendenziell liberaler und damit pluralistischer *Kulturbegriff*. Er ermöglichte ethnischen, weltanschaulichen und religiösen Einheiten kulturelle Ausdrucksformen im öffentlichen Raum, solange öffentliches Recht gewahrt und die Geltung des Grundgesetzes uneingeschränkt blieb. Damit unterschieden sich die Rahmenbedingungen der kirchlichen Kulturentwicklung in Westdeutschland markant von denen in Ostdeutschland.

In der DDR war die Kulturarbeit zentralistisch organisiert, seit 1968 war die Kulturpolitik als staatliche Aufgabe in der Verfassung verankert: Die »Förderung der Künste, der künstlerischen Interessen und Fähigkeiten aller Werktätigen« galten als »Obliegenheiten des Staates und aller gesellschaftlichen Kräfte« [Verfassung der DDR 1968, Art. 18]. Obwohl die Kulturpolitik der DDR zu keiner Zeit einheitlich ausfiel, sondern sich je nach politischer Großwetterlage wellenförmig und in Phasen entwickelte, hatten es die Kirchen grundsätzlich schwer, einen Platz für kulturelle Ausdrucksformen im SED-Staat zu finden. Das galt umso mehr, wenn es um Protestkultur gegen das Vorgehen des Staates ging.

Die gesteigerten Kirchensteuereinnahmen ermöglichten in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren eine rege Kirchenbautätigkeit. Die sakrale Architektur reflektiert das Zeitgeschehen: Kirchen wurden zeitgemäß nicht mehr in den Himmel, sondern als multifunktionale Kirchenzentren horizontal als »Stadt in der Stadt« gewissermaßen dem Nächsten entgegen gebaut.

In der DDR bedeuteten die große Zahl wertvoller Gebäude »Reichtum und Belastung« [Schultze] der Kirchen. So war es

ein Glücksfall, wenn eine Kirche erfolgreich renoviert werden konnte. Die Kirchengebäude wurden wie die christliche Religion von staatlicher Seite als Konkurrenz wahrgenommen, sie wurden in Großstädten von modernen Fernsehtürmen bewusst architektonisch übertroffen oder, falls es doch einmal einen Neubau gab, als Mehrzweckbau entsakralisiert (z. B. Eishüttenstadt).

Neben dem Kirchenbau erlebte auch die Kirchenmusik in dieser Zeit eine Neuausrichtung, die von Kennern als »epochaler Bruch« beschrieben wird [Bubmann, 303]. Auch hier zeigte sich eine Differenzierung von Kirche und Religion: Christliche Musik erklang nunmehr in einem popularisierenden Sound unter Zurückstellung von kirchlichen Bezügen und liturgischem Rahmen, anstelle dessen erfolgte eine Zuwendung zur Welt.

Die Präsentationsformen von Kirche in der Öffentlichkeit gewannen professionelle Züge, indem die Arbeitsbedingungen und die berufliche Ausbildung an Bedeutung gewannen. Die Vorordnung der Information vor der Verkündigung sicherte der evangelischen Publizistik lange Jahre eine beachtete Teilnahme am öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik. Die strukturelle Zusammenbindung diverser Medien im Gemeinschaftswerk evangelischer Publizistik (GEP) 1973 ermöglichte dem evangelischen Pressewesen die Rolle eines seriösen Players auf dem Medienmarkt, freilich rechtlich abgesichert durch Rundfunkstaatsverträge. Die Kirchen genossen im Fernsehen und Film eine privilegierte Präsenz, sowohl öffentlich-rechtlich als auch seit 1987 im Privatfernsehen.

Die christliche Öffentlichkeitsarbeit in der DDR erhielt keine dieser Privilegien, allerdings fiel ihr im gesellschaftlichen Kontext durchaus auch eine Sonderrolle zu. Kirchenge-

meinden waren meist zum Zwecke der Kommunikation im Besitz von Reproduktionstechnologie (u. a. Wachsmatrizen). Darüber hinaus war den Kirchengemeinden wegen des eingegrenzten Wirkungskreises eine relative journalistische Unabhängigkeit zugestanden. Diese ermöglichte es, Tabuthemen aufzugreifen und zumindest im kleinen Rahmen eine alternative kirchliche Öffentlichkeit aufzubauen.

Im Zusammenhang mit dem Luther-Jubiläum von 1983, das eine staatliche Aufwertung des Reformators durch den DDR-Staat mit sich brachte, veränderten sich die Rahmenbedingungen, von denen auch die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit profitierte. Die staatlich (mit)inszenierte Jubiläumskultur internationalisierte die Feierlichkeiten und machte die Kirche temporär zu einer anerkannten Kooperationspartnerin.

5. Kirchliche Handlungsfelder: Diakonie, Bildung, Ökumene

Die Diakonie als öffentliche Fürsorge und der Bildungsbereich gehören seit der Reformation zum protestantischen Kernbereich und sind bis heute prioritäre Identitätsmarker des Protestantismus. Die Ökumene kam später hinzu, hat aber im Blick auf die großen Kirchen gerade im Protestantismus bis in unserer Zeit eine starke Heimat. Alle drei Handlungsfelder haben Berührungspunkte mit der gesellschaftlichen Lebenswelt, daher darf davon ausgegangen werden, dass die gesellschaftspolitischen Entwicklungen des Untersuchungszeitraums auch hier Wirkung zeigten.

Als die soziale Integration der Flüchtlinge erfolgt war und ebenso der unmittelbare Wiederaufbau diakonischer Arbeits-

felder als abgeschlossen gelten konnte, drängten sich in den 1960er Jahren für die *Diakonie* neue Aufgaben in den Vordergrund. Die junge westdeutsche Demokratie hatte sich als stabil genug für eine erste Neuordnung der diakonischen Arbeit erwiesen. Jetzt waren es insbesondere die arbeitsplatzstarken Anstalten und Heime der Inneren Mission, die in der aufblühenden Bundesrepublik in Bezug auf Arbeitskräfte und Gebäudemanagement einen Handlungsbedarf freisetzten. Es war der Beginn eines personellen und räumlichen Zuwachses mit nachhaltigen modernisierenden Wirkungen.

Gleichwohl brachte die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre – gekoppelt mit der Säkularisierung und der Tendenz zur Individualisierung der Lebenswelten – Probleme für das christliche öffentliche Fürsorgewesen mit sich. Das Generieren von Arbeitskräften war nicht in allen Bereichen einfach, wie die sogenannte Mutterhauskrise deutlich machte. Andere soziale Träger gewannen an Bedeutung und rückten in ein Konkurrenzverhältnis zur kirchlichen Diakonie. Der komplexe Prozess, der zur Ökonomisierung auch der diakonischen Arbeit führte, bedingte eine Professionalisierung und einen Bildungszuwachs bei den Mitarbeitenden. Eine Gründungswelle evangelischer Fachhochschulen überzog das Land, die sich in enger Absprache mit der EKD und den Landeskirchen als neue Akteurinnen der sozialpädagogischen Ausbildung erwiesen. Die 1973 neu eingerichtete Diakonische Akademie Stuttgart stand stellvertretend für das Bemühen um eine Professionalisierung von den sozialpädagogischen Berufen bis zur Weiterbildung von Führungskräften im Bereich des Sozialmanagements. Der strukturelle Veränderungsprozess verband sich mit einem modifizierten Verständnis von der diakonischen Arbeit. Durch die evangelische Sozialethik begriff man die Diakonie

fortan dezidiert in sozialen, d. h. gesellschaftsbezogenen Zusammenhängen. Und die sich verschiebenden Sozialformen des Protestantismus rückten den Menschen in seiner institutionellen Existenz stärker in den Fokus diakonischer Arbeit. Die vielfachen Veränderungen fanden Mitte 1975 einen adäquaten Ausdruck im Wechsel der Rechtsform zum eingetragenen und nunmehr gemeinnützigen Verein »Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland«. Dazu passte die globale Öffnung der Diakonie: Die Aktion »Brot für die Welt« signalisierte die Bereitschaft, Aufgaben im internationalen Zusammenhang zu übernehmen, dazu kam unter dem Schlagwort der »ökumenischen Diakonie« mit dem schon 1960 gegründeten Werk »Dienste in Übersee« ein nunmehr Fahrt aufnehmendes Engagement für die Entwicklungshilfe. Es markierte die Anfänge eines weltweiten Netzwerkes ökumenischer Diakonie.

Der universale gesellschaftliche Gestaltungsanspruch des SED-Staats hatte auch Konsequenzen für die Diakonie in der DDR. Insbesondere das Krankenhauswesen und die Betreuungsarbeit von Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung waren davon betroffen. Insgesamt bildete die Diakonie einen wichtigen Faktor in der staatlichen Gesundheitsvorsorge, sodass die entsprechenden Ausbildungsinstitutionen (u. a. Krankenpflegeschulen) erhalten blieben, wobei jedoch staatliche Lehrplanvorgaben erfüllt werden mussten. Anders als in der Bundesrepublik suchte die Diakonie die schützende Nähe der Kirchen, wobei selbst die Kirchengemeinden als Kooperationspartner diakonischer Arbeit gefragt waren. Auf diese Weise fanden in Ostdeutschland auch spirituelle und frömmigkeitsorientierte Praktiken Zugang zur diakonischen Arbeit, was in Westdeutschland nicht der Fall war.